

Monthly Review: Das Zeitalter des Kapitals und die Umweltgeschichte der realsozialistischen Staaten

Die September-Ausgabe des US-Journals *Monthly Review*¹ enthält fünfeinhalb, in Form und Inhalt verschiedene Beiträge. Einhalb, weil die „Anmerkungen der Redaktion“ in diesem Heft ungewöhnlich lang ausfallen und auch der Sache nach ein halber Aufsatz sind. MR-Chefredakteur *John Bellamy Foster* und sein Co-Autor *Brett Clark* diskutieren darin ihren Vorschlag, das „Capitalinian Age“ (0) als erstes geologisches Alter innerhalb der neuen geologischen Epoche des Anthropozäns zu betrachten. Der Anlass, auf diese ursprünglich vor einem Jahr an selber Stelle in einem Artikel veröffentlichte Idee zurückzukommen, ist ein Essay des Geologen und Vulkanologen *Carles Soriano*. Dieser hatte nämlich bereits 2020, also vor Foster und Clark, in der Fachzeitschrift *Geologica Acta* dafür plädiert, das „Capitalian“ als „eine Stufe in der Epoche des Anthropozäns“ (65) zu fassen. Abgesehen von den Suffixen („-inian“, „-ian“) unterscheiden sich beide Ansätze dadurch, dass für Foster und Clark das „Capitalinian“ nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem „globalisierten Monopolkapitalismus“ (0) beginnt, d.h. mit der ihrer Meinung nach derzeitigen Phase kapitalistischer Entwicklung, und damit auch zeitgleich mit dem bisher mehrheitlich projektierten Einsetzen des Anthropozäns. Laut Soriano soll das „Capitalian“ hingegen bereits mit der Industriellen Revolution und dem britischen Kapitalismus jener Zeit angefangen haben.

Der erste längere Beitrag des Journals ist ein Interview des argentinischen Umweltjournalisten *Roberto Andrés* mit *John Bellamy Foster* anlässlich des zwanzigsten Jubiläums des Erscheinens von Fosters Buch *Marx's Ecology*. Die Bedeutung dieser Arbeit für die anglophone Debatte unter Ökosozialisten kann tatsächlich nicht unterschätzt werden (vgl. Stache in Z 119/120). Aber das Gespräch fördert nur bedingt Neues zutage. En gros geht es um eine philosophische Einbettung des marxischen Denkens. Bemerkenswert sind vier Punkte. Foster legt seine Interpretation Marxens als Kind der Aufklärung dar. Er attestiert Engels, in *Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen* „zum ersten Mal überhaupt eine kohärente materialistische Theorie der menschlichen Evolution“ (12) vorgelegt zu haben. Ferner habe Marx „die Kontinuität zwischen Menschen und nichtmenschlichen Tieren betont“ (4) und schließlich formuliert Foster eine alternative Sichtweise zu Kohei Saitos Interpretation zum marxischen Umgang mit den Arbeiten Justus von Liebig.

Auf das Interview folgt die Festrede der emeritierten irischen Professorin für Ideengeschichte und Medienwissenschaften *Helena Sheehan* zur Verleihung des Isaac und Tamara Deutscher Preises an John Bellamy Foster für dessen Buch *The Return of Nature: Socialism and Ecology* bei der Historical Materialism Konferenz im November 2021. Inhaltlich konzentriert sie sich auf das Thema der Dialektik der Natur, das Foster in *Return of Nature* behandelt und seit jeher

¹ Monthly Review, Volume 74, Number 4.

traditionellen und westlichen Marxismus voneinander scheidet. Foster, so geht aus dem Manuskript hervor, hat sich in diesem Punkt vom westlichen zum traditionellen Marxisten gewandelt. Leider erfahren die Leser aber nicht den Grund für diesen Sinneswandel bzw. Fosters Erklärung dafür, dass die Natur sich dialektisch entwickle.

Der dritte längere Beitrag des Hefts ist das Transkript eines Radiointerviews mit dem 1934 geborenen US-Kulturhistoriker *H. Bruce Franklin* über dessen Werk. Das Gespräch ist insofern voraussetzungsvoll, als dass dessen Bücher nicht auf Deutsch vorliegen und sie stark mit der US-Geschichte des 20. Jahrhunderts verwoben sind. Nichtsdestotrotz sind Franklins Ausführungen zum Vietnamkrieg, zur Geschichtspolitik in den USA, zur Rolle von Wunderwaffen in der politischen Kultur der USA und von Krieg in der nordamerikanischen Literatur auch für heutige Auseinandersetzungen erhellend. Seine kurze Geschichte des Atlantischen Menhaden, eines Fisches aus der Ordnung der Heringsartigen, der zwecks Ölproduktion fast ausgerottet wurde, ist ökologisch informativ. Der Post-Doc-Forscher *Yarden Katz* befasst sich in seinem Aufsatz mit der Geschichte „wissenschaftlicher“ Technologien, „Intelligenz“ und „Fähigkeiten“ innerhalb der Bevölkerung auf den Begriff zu bringen, durch quantitative Methoden, allen voran statistische Tests, zu erfassen und zu messen, und dadurch Gruppen der Bevölkerung rassistisch zu hierarchisieren und spezifischen Plätzen in der betrieblichen Arbeitsteilung zuzuweisen.

Das Beste kommt zum Schluss. Der Professor für Geschichte und Umweltwissenschaften *Andy Bruno* bespricht das bereits 2021 erschienene Buch *Salvatore Engel-Di Mauros* zur Ökobilanz der realsozialistischen Staaten. Entgegen der landläufigen öffentlichen Meinung und auch im Widerspruch zur ökosozialistischen Überlieferung kann Engel-Di Mauro zeigen, dass die realsozialistischen Staaten keineswegs mehr Raubbau an der Natur als ihre kapitalistischen Pendanten betrieben hätten, sondern weniger. Diese Schlussfolgerung ist wissenschaftspolitisch insofern besonders beachtlich, weil Engel-Di Mauro, Chefredakteur des Journals *Capitalism Nature Socialism*, sich selber als einen libertären Ökosozialisten betrachtet, und weil der Rezensent, selber Fachmann auf dem Gebiet, im Kern dem Ergebnis zustimmt und darin auch eine Verdichtung der umwelthistorischen Forschung der letzten zwanzig Jahre zum Thema sieht. Laut Bruno vergleicht Engel-Di Mauro anhand dreier Kriterien real existierende kapitalistische wie sozialistische Staaten: anhand „der schwersten Fälle von Umweltzerstörung“ (55), „der aggregierten Pro-Kopf-Emissionen von CO₂, Methan und Schwefel, der Bodendegeneration und des ökologischen Fußabdrucks“ (56) sowie anhand der ökologischen Vorher-Nachher-Veränderungen in den Staaten des Realsozialismus. Die Rezension ersetzt die Lektüre des Buchs nicht. Aber sie ist ein guter Hinweis auf neue Erkenntnisse, die für (Öko)Sozialisten von grundlegender Bedeutung sind und von denen bisher in Deutschland – mal wieder – kaum jemand Notiz genommen hat.

Christian Stache

AIS: Renaissance der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung?

Seit geraumer Zeit war es eher still gewesen rund um das Thema der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung.¹ Anfang des Jahres erschien jedoch ein Schwerpunktheft der *Arbeits- und Industriesoziologie* in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie unter dem vielversprechenden Titel „Arbeitssoziologische Bewusstseinsforschung revisited! Befunde und neue Herausforderungen einer Forschungstradition“.² Im Folgenden sollen jene Beiträge aus dem Heft herausgegriffen werden, die sich von ihrem Anspruch her explizit mit der Frage der Erforschung von Gesellschaftsbildern auseinandersetzen; zwei sind theoretisch, zwei mehr empirisch orientiert.

Robert Dorschel untersucht in seinem Beitrag „neue Subjektivierungsformen in der Herzkammer der digitalisierten Arbeitswelt“ (126). Hierbei beobachtet er nicht nur „Konturen einer Subjektivität jenseits von Arbeitskraftunternehmer und Künstlerkritik“ (127), sondern spricht gar von einer „Rückkehr zur Sozialkritik“ (Ebd.). Jene propagierte Rückkehr der Sozialkritik macht er an einem konfliktiven Gesellschaftsbild aus, welches die Gesellschaft in drei Schichten einteile und die eigene Verortung in der Mitte der Gesellschaft vornehme. Entscheidende Kritikpunkte der Befragten sind hierbei nach Dorschel die gesellschaftliche ökonomische Ungleichheit sowie aber auch die fehlende Diversität im Sinne der Repräsentation von Frauen und „marginalisierten sozialen Gruppen“ (133) in der Tech Branche. Der Autor nimmt jedoch auch eine einschränkende Deutung dieser Befunde vor: „Gleichzeitig ist kritisch zu fragen, inwiefern sich die Gesellschaftsbilder der tech workers jenseits des Diskursiven manifestieren? Teilweise scheint es der Fall zu sein, dass Kritik an ökonomischer Ungleichheit sowie mangelnder Diversität als moralische Zugangscodes für Karrierewege fungieren“ (134).

In seinem Beitrag plädiert *Wolfgang Menz* für eine „*Repolitisierung*“ (146) der Bewusstseinsstudien. Hierbei müssten jedoch die „Grenzen der Erklärungskraft“ des Faktors Erwerbsarbeit „respektiert werden“, wobei die Frage nicht-erwerbsförmiger Arbeit „selbstverständlich geschlechterbezogene Differenzen“ (150) implizieren würde. Des Weiteren unterscheidet Menz die Frage nach der Wahrnehmung existierender Zustände im arbeitsweltlichen Kontext wie in der Politik („Deutungsmuster“) von normativen Ansprüchen an beide Felder („Anspruchsmuster“) (151). Eine Möglichkeit für die Forschenden, eine konzeptionelle Vermittlung „zwischen den beiden (Orientierungs-)Feldern Arbeit und Politik“ (152) in den Deutungsmustern der Beschäftigten vornehmen zu können,

¹ Vgl. als Überblick: Menz, W., 2021: Arbeitsanalyse und Zeitdiagnose. Perspektiven einer subjektorientierten Arbeitssoziologie mit gesellschaftsdiagnostischem Anspruch. S. 18-40 in: N. Mayer-Ahuja & W. Menz, Arbeitssoziologie und Zeitdiagnose. IFS Working Paper #13. Perspektiven der Arbeitssoziologie 1. Frankfurt a. M.: Institut für Sozialforschung.

² Arbeits- und Industriesoziologische Studien 15 (1) 2022,

sieht Menz mit dem Konzept der Handlungsfähigkeit. Die Selbst- und Fremdzuschreibung von Handlungsfähigkeit in Bezug auf die eigene Situation als Lohnabhängige:r wie die Handlungsfähigkeit politischer Akteure bedürfe schließlich einer empirischen Erforschung und theoriebasierten Erklärung. Das zweite Vermittlungskonzept ist jenes der Vergleichshorizonte. Entscheidend für die Ausprägung bestimmter Anspruchsmuster sei nämlich vor allem die Frage, mit wem die eigene Position abgeglichen werde.

Lennart Schulze fragt in seinem Beitrag: „Inwiefern hat Fragmentierung das Potenzial, zur Erklärung sozialer und politischer Einstellungen von Arbeitnehmer:innen beizutragen?“ (161). Die Breite der Bezugnahme des Konzeptes Fragmentierung – gemeint sind hier branchen- und statusübergreifend Leiharbeiter:innen, Werkvertragnehmer:innen und Solo-Selbständige – erachtet der Autor hierbei als einen Vorteil. Grundsätzlich differenziert Schulze nach Formen subjektiver Verarbeitung erlebter Fragmentierungen, wobei er jene Arbeitsplätze, bei denen die Arbeitenden einen positiven Bezug auf ihre fehlende feste Organisationsmitgliedschaft haben, begrifflich etwas eigenwillig als „gemischte Arbeitsplätze“ (169) bezeichnet. Das Fazit des Beitrages von Schulze lautet: „Mitarbeiter:innen an solchen gemischten Arbeitsplätzen nehmen Fragmentierung nicht als negativ wahr und internalisieren somit in besonderem Maße deren Werte, Normen und Arbeitslogiken. Dies ist ein starker Hinweis für den theoretischen Nutzen des Konzepts zur Untersuchung sozialer und politischer Einstellungen in späteren Studien“ (172). Mehr als diesen „Hinweis“ (172) möchte und kann Schulze im Hinblick auf Fragen des politischen Bewusstseins jedoch nicht vorweisen.

Berthold Vogels Beitrag ist im Wesentlichen ein Plädoyer für die Zurkenntnisnahme der Bedeutung außerbetrieblicher und lebensweltlicher Faktoren für Gesellschaftsbilder bzw. Arbeitseinstellungen. In dieser Hinsicht sind die Überlegungen im Unterschied zum Beitrag von Menz jedoch nicht wirklich innovativ. Die außerbetrieblichen Faktoren führt Vogel unter der Begrifflichkeit „institutionelle[r] Bindungen“ (178) ein: „Wir sind daher gefordert, die Menschen nicht nur als Teil eines Betriebs oder einer Behörde wahrzunehmen, sondern als Teil ihrer Familie, als Teil ihrer Nachbarschaften und ihres lokalen Umfelds, als Aktive in ihren Vereinen und Initiativen“ (179).

Die im Editorial proklamierte „regelrechte Renaissance der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung, die sich mit Gesellschaftsbildern, Wissens- und Denkformen sowie der sozialen Identität von Lohnabhängigen beschäftigt“ (7) ist in Bezug auf die Forschungen zu Gesellschaftsbildern kaum repräsentiert. Ein Blick über das Schwerpunktheft hinaus lässt jedoch vielversprechende Forschungen in diesem Bereich erkennen.³

Philippe Haller

³ Vgl. hierzu erst kürzlich: Beck, L. & L. Westheuser, 2022: Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. *Berliner Journal für Soziologie* 32: 279–316.

Mitteilungen: Krisen, Kriege, Widerstand

Im Editorial des Heftes 62 (2022) der „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ erinnern die Herausgeber daran, dass sie keine politische Zeitschrift machen, aber sich der politischen Bedeutung von Geschichte, ihrer Aneignung und ihrer Warnfunktionen bewusst sind. „Wir leben in unsicheren Zeiten, Krisen und Kriege verstärken sich und linke Kräfte tun sich schwer, ihre Forderungen zu vertreten oder umzusetzen ... Der Blick in die Vergangenheit zeigt jedoch die Gefahren auf, die sich aus einer Konstellation ergeben können, in der sich Krisen verstärken und rechte Kräfte den Protestraum besetzen.“ (1)

Dass dies eine Aufgabe des *Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.*¹ sein kann und auch sein muss, der sich mit den Hinterlassenschaften sozialer Bewegungen und Parteien vor allem des linken Spektrums auseinandersetzt, ist naheliegend. Der partei- und organisationsübergreifende Verein ist ehrenamtlicher Kern eines Netzwerkes von Historikerinnen und Historikern, die sich der bewegten Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte angenommen haben und versuchen, nicht nur das Dokumentenpapier zu bewahren und zu erhalten, sondern auch, diese Archivgüter der Öffentlichkeit zu erschließen und nahezubringen.

Es ist naheliegend, dass auch Historiker von den aktuellen Konflikten heimgesucht werden und mit ihren spezifischen Mitteln und Fragestellungen Material für Antworten liefern wollen. In einem Interview mit der Historikerin *Carola Tischler* (derzeit Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) fallen in diesem Zusammenhang nachdenkliche Sätze, die auf Perspektiven einer künftigen Forschungsarbeit in Richtung Osten verweisen: „Der Krieg ist eine Katastrophe. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es andere Meinungen dazu geben kann, als dass der Angriff Russlands auf die Ukraine und auf seine staatliche Existenz überhaupt eine Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes ist, der nicht hinzunehmen ist und gegen den alles aufgeboten werden muss ... Ich habe mich ja für das Forschen ... entschieden, aus dem einfachen Grunde, weil ich ungern Analysen der Gegenwart und Prognosen für die Zukunft abgebe. Ich lese die verschiedenen, für meinen Geschmack manchmal zu schnell geschriebenen Artikel: Putin ist wie Stalin, Putin ist wie Hitler, Putin ist Faschist, Raschist (eine Neuschöpfung aus Rassist und Faschist), Imperialist; der Krieg ist wie die Lage 1938/1939, es ist der Rückfall in sowjetische Zeit, es ist der Rückfall ins 19. Jahrhundert.“ (18) Der Auftrag an ihr Fach stellt sich für sie eindeutig: „Wenn der Krieg nicht so furchtbar wäre, könnte man sagen, es war überfällig, dass unsere gesamte Öffentlichkeit den Blick nach Osten richtet.“

¹ Die Homepage des Vereins: <http://archive.fabgab.de/>. Hier findet sich auch der Zugang zu den regelmäßig erscheinenden Mitteilungen des Vereins. Hefte – soweit vorrätig – können auf Bestellung geliefert werden. Die Schutzgebühr für Bezieher beträgt 3 Euro, zuzüglich Versandgebühr. Ältere Ausgaben sind auf der Homepage als pdf-Datei verfügbar. Anschrift des Förderkreises: Finckensteinallee 63, D-12205 Berlin oder eMail: d.goldbeck@web.de.

Und es ist gut, dass die Osteuropa-Fachleute dadurch zeigen können, warum das Fach so wichtig ist.“ (18/19) Und das bedeutet, genauer nach der russischen Geschichte wie nach der Geschichte der einstigen Peripherie der Großmacht zu fragen und sich von einer zentralistischen Sicht auf die Geschichte der ost- und mitteleuropäischen Staaten zu verabschieden. Aber eben auch genauer nach den Beziehungen zwischen dem Osten und Deutschland, auch nach dem aktuellen Bruch – der noch keine Geschichte ist – zu suchen.

Und die Suche nach geschichtlichen Quellen bleibt eine Schlüsselfrage. Wie im Editorial versprochen wird das am Beispiel des Widerstands der Gothaer Arbeiterschaft und der demokratischen Kräfte dieser Stadt gegen den Kapp-Putsch exemplifiziert. Ein Schwarz-Weiß-Foto zeigt jene Trümmer einer privaten Existenz, die wir heute in ganz anderen Zusammenhängen und Dimensionen täglich vor Augen geführt bekommen. In den „Tumultschadensakten“ des Gothaer Stadtarchivs wurde dieses Foto von *Judy Slivi*² gefunden: „die zerstörte Wohnung des Maschinenschlossers Eduard Rübsam ... Am 19. März 1920 schlug hier ein Schrapnell ein, der Schaden betrug über 1.200 Mark, für einen Arbeiter damals ein Vermögen. Das Foto ... zeigt, dass die Kämpfe nicht nur Auswirkungen auf strategisch wichtige Punkte hatten, sondern dass die Menschen in den Wohnungen nicht sicher waren.“ (26) In dem von der USPD geführten Thüringen regte sich auch in dem eher kleinbürgerlich geprägten Gotha Widerstand gegen die Putschisten. „Gegen den Putsch positionierten sich neben der USPD die DDP in Gotha.“ (40) Sie handelten gemeinsam, aber es gab auch SPD-Vertreter, die lieber mit den Konservativen von DVP und DNVP zusammengingen, die den Putschisten nahestanden. Trotzdem konnte der Putsch damals abgewehrt werden. Bemerkenswert ist der Hinweis, dass viele Forschungsergebnisse auf sicher nicht immer ausgewogenen, aber doch gründlichen Forschungen aus der DDR basierten. Aber neue Zeiten erweitern auch den Horizont des Fragens ebenso wie z.B. die viel stärkere Sicht etwa auf die 127 Gothaer Opfer des Putsches.

Die *Mitteilungen* ermöglichen in knapper Form einen wichtigen Zugang zu Forschungen jenseits des Mainstreams, regen zum Weitersuchen und vielleicht zum Weiterforschen an.

Stefan Bollinger

² Siehe Judy Slivi: *Bruderkrieg in Gotha. Die Verteidigung der Demokratie im März 1920.* 600 S., Verlag Rockstuhl, Bad Langensalza 2021.